

Gerhard Botz

## **Ochi / OXI - Nein! "It's the history, stupid!"**

**Langfassung, 3. Juli 2015, 14 h**

Es ist wie einem Western: Einer liegt schwer verwundet im Staub, nach einem Bankraub vielleicht. Hat er die Züge von Achilleus oder gar Varouvakis? Um ihn stehen breitbeinig einige Gestalten, angejahrte Männer und jüngere Heißsporne in langen Mänteln, die Hüte tief im Gesicht, vielleicht ist auch eine Frau darunter. Wenn sich der Angeschossene rührt, ballern einige in seine Richtung, auf Beine und Füße zielend, damit er nicht aufstehen kann. Wer Schurke oder Sherif und Good Guy ist, ist unklar. Ob das im Skript eines künftigen Greco-Westerns stehen wird, wird sich zeigen. Es weckt jedenfalls Assoziationen mit der heute ablaufenden griechischen, ja gesamteuropäische Tragödie.

Die Aufdröselung der verflochtenen Faktoren, die zu der Katastrophe der griechischen Wirtschaft, zur sichtbar werdenden Krise der Eurozone, zur latenten Aushöhlung der Demokratie(n) in Europa geführt haben, werden künftige Historiker und Volkswirtschaftswissenschaftler zu leisten haben. Sie können bekanntlich immer erst im Nachhinein hundertprozentig sagen, wie etwas gekommen ist und was man hätte besser tun können. Vielleicht werden auch die Schachzüge und Pläne der internationalen finanzpolitischen Akteure, die sich hinter einem Hegelianischen Weltgeist-Nebel von "Märkten" verbergen, erhellt werden. Vielleicht werden auch Dokumente aus den Staatskanzleien und Parteivorständen oder den entmachteten parlamentarischen Ausschüssen, bekannt, oder es verplappert sich der eine oder andere Europapolitiker.

Fest steht, dass es zu den Ursachen und Sanierungsrezepten der großen Wirtschaftskrise, in der wir stecken, antagonistische Lehrmeinungen gibt, zugespitzt gesagt: die der Vertreter des Neoliberalismus im Kern- bzw. nordalpinen Europa und die von radikalreformerischen, an den Keynesianismus anschließenden Proteststimmen und einigen Erneuerungsbewegungen in Südeuropa wie Syriza. Man mag die Kompromisslosigkeit, Utopie und Chaotik der Letzteren mitverantwortlich machen, auch die Art und Weise, wie sie unabsehbare menschliche "Kosten" ihres eigenen Landes aufs Spiel setzen, anstatt das Geschäft des mühsamen Bohrens dicker Bretter zu üben. Die intellektuell "verspielt" oder "arrogant" auftretenden jungen Chefs von Syriza scheinen sehr wohl mit solchen westlichen Wirtschaftstheorien vertraut zu sein, wengleich ihnen angesichts der realen Machtverhältnisse zwischen EU und Griechenland das Augenmaß für das Machbare angeht.

Aber auch die Austerity-Politik der "Institutionen", der Repräsentanten der größten Parteifamilien und der Dirigierenden in der EU handeln nicht viel anderes oder gar ärger. Sie behaupten, dass ihre leitende Wirtschaftsphilosophie die einzig wahre ist, und können das weithin in ihren Öffentlichkeiten durchsetzen, obwohl es keine eindeutigen Befunde und wirtschaftshistorischen Argumente dafür gibt. Sie stellen sich taub gegen gewichtige Einwände von angesehenen Wirtschaftswissenschaftlern wie Joseph Stiglitz, dass die auferlegten Sparpakete für das seit langem marode Hellas die Krisen eher verschärft denn gemildert haben. Sie hätten auch von den Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise der

1930er Jahre lernen können: Lohnkürzungen, Sozialabbau, "Goldstandard" und "neoklassische" Wirtschaftstheorie sowie externe Budgetvorgaben waren für damals ohnehin schwache Demokratien wie Deutschland und Österreich verhängnisvoll. Selbst einem nüchternen österreichischen Wirtschaftshistoriker wie Felix Butschek drängen sich Vergleiche des Zusammenbruchs der Credit-Anstalt von 1931/32 mit der 2008 einsetzenden Sequenz von Wirtschaftskrisen in Europa und denen des heutigen Griechenlands auf.

Wir kennen auch die wirtschafts- und demokratiepolitisch katastrophalen Folgen von offenen und clandestinen Einwirkungen externer "Wirtschaftsdiktatoren" der Völkerbundskommissare von Alfred Zimmermann bis Rost van Tonningen in der Ersten Republik. Auch in letzter Zeit, ganz besonders in den letzten Tagen haben sich freundschaftlich "warnende Töne" gehäuft, die von EU-Politikern und europäischen Ministern geäußert wurden und oft wie finanzpolitische Drohungen an die griechische Syriza-Regierung klingen. Solche Interventionen sind, mit Merkel, als "schon gar nicht gehend" zu beurteilen, unabhängig davon, ob Yaraoufakis und Tsipras mit ihrer unnachgiebigen und oft erratischen Verhandlungstaktik eine Konfrontation mit der EU und den "Finanzmärkten" riskiert oder provoziert haben. Schon 2011 hatte es sich ereignet, dass der Linksozialist Georgios Papandreou ein angekündigtes Referendum absagen und sein Ministerpräsidentenamt aufgeben musste. Der heutigen EU ist jedoch zu Gute zu halten, dass solche Regierungswechsel nicht im Stil eines Militärputsches wie 1967 ablaufen.

Im Übrigen, auch wir in Österreich haben eine unter noch größerem Zeitdruck angekündigte Volksbefragung gehabt, die dann von Schuschnigg am 11. März 1938 unter massivsten Pressionen des nationalsozialistischen Deutschland abgesagt werden musste. Das soll keinesfalls die EU oder das heutige Deutschland auch nur annähernd mit der Hitler-Diktatur gleich setzen, wie das mancherlei Partei- und Privatplakate in Athen seit einigen Jahren schon suggerieren. Nur, es muss zulässig bleiben, dass eine Regierung durch einen plebiszitären Akt die Flucht nach Vorne antritt und so die eigene innenpolitische und/oder international Blockierung zu durchbrechen sucht.

Den meisten europäischen Politikern und Medienleuten ist die verquer erscheinende Formulierung der Fragestellung der Abstimmung unverständlich geblieben. Aus einer Kenntnis der neugriechischen Geschichte hätte man jedoch erkennen können, dass dahinter nicht nur ein taktisches Kalküle stecken mag, sondern die Aufrufung einer starken "kollektiven Erinnerung", des "Ochi"-Mythos: Dieses - gar nicht so ausgesprochene - "Nein" bezieht sich darauf, dass der griechische Militärdiktator Metaxas ohne zu zögern das Ultimatum Mussolinis von 1940 zurück wies und den Angriff auf Griechenland abwehren konnte, bis Hitler den ganzen Balkan erobern ließ und seinen Überfall auf die Sowjetunion erst verspätet beginnen konnte. Dieses "Ochi" wurde zu einem nationalen Widerstandsmythos, dem auch die Linke Griechenlands folgen kann und der bis heute am Nationalfeiertag des 28. Oktober gepflegt wird.

Man wird bald sehen, wie weit diese Mobilisierung des von der EU in seinen materiellen Ursachen ignorierten und symbolisch vielfach verletzten griechischen Nationalgefühls (noch) wirksam werden kann, als "Nein" gegen die Wirtschaftspolitik der "Institutionen" und als "Ja"

zu der im Amt befindlichen linkspopulistisch-rechtsnationalistischen Koalitionsregierung.  
Man kann nur in Abwandlung von Clintons Spruch sagen: "It's the history, stupid!"